

Wenn der Rechtsstaat nur auf dem Papier steht

Die Initiative "Pro Justitia" macht sich für den Schutz des Bürgers im staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren stark

Die Mühlen der Justiz mahlen langsam - und oft werden dabei die Grundrechte unbescholtener Bürger verschrotet. Eine Initiative, in der die frühere Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mitwirkt, dringt auf Abhilfe.

Berlin · 21. Oktober · "Der Rechtsstaat beginnt erst im Hauptverfahren", klagt der Unternehmer Dietmar Hopp. Das Verdikt basiert auf Erfahrung. Der Mitgründer der Software-Firma SAP war ins Visier einer Staatsanwältin geraten, weil er über eine gemeinnützige Stiftung dem Chef des bedrängten Finanzdienstleisters MLP beigesprungen war. Dass er die Bürgerschaft mit seinem gesamten - überdurchschnittlichen - Privatvermögen abgesichert hatte, nützte nichts. Die Staatsanwaltschaft verfolgte ungerührt das Ermittlungsverfahren wegen Untreue zu Lasten der Stiftung weiter.

Erst nach Monaten - diverse private und Büroräume waren durchsucht, Safes zwangsweise geöffnet, geschäftliche und persönliche Unterlagen eingezogen worden - stoppte das Landgericht die Aktion. Sie hatte sich gegen einen Straftäter gerichtet, den es nicht gab, und auf die Reparatur eines Schadens gezielt, der nie eingetreten war. "Ich musste ohnmächtig zuschauen, wie ich kriminalisiert wurde", sagt Hopp. Ohnmächtig stimmt nicht so ganz - auf eine Anzeige gegen die übereifrigen Ermittler verzichtete der Unternehmer aus freien Stücken. Stattdessen gründete er die Stiftung "Pro Justitia" (PJ). Sie soll im

Interesse derer wirken, die das gleiche Missgeschick erleiden wie Hopp, aber nicht die Mittel haben sich zu wehren.

Wenn Hopp und seine PJ-Mitstreiter Recht haben, dann ist der rabiater Zugriff der Staatsanwälte eher Regel als Ausnahme. Hunderte hätten sich bereits gemeldet, berichteten der PJ-Vorsitzende Alexander Keller, Anwalt in Heidelberg, und der emeritierte Jura-Professor Otto Backes am Donnerstag in Berlin. Backes soll als Leiter eines Instituts für Rechtsstatsachenforschung das Problem wissenschaftlich untersuchen.

Laut Keller liegt viererlei im Argen: Zum einen würden Ermittlungen oft nach subjektivem Ermessen eröffnet, gegen Willkür gebe es keinerlei Schutz. Zum zweiten sei es de facto ins Belieben der Staatsanwaltschaft gestellt, wie lange sie ein Verfahren betreibe und ob sie es schließlich einstelle. "Da wird die Unschuldsvermutung zur Farce." Drittens finde Kontrolle nur in der Theorie statt: Wenn es um Telefonüberwachung oder Durchsuchungen gehe, hätten die Richter in der Regel gar nicht die Zeit, das beigebrachte Verdachtsmaterial kritisch zu prüfen. Sie seien froh, wenn sie lediglich das vom Staatsanwalt vorformulierte Beschluss-Formular unterzeichnen müssten. Schließlich werde

"oft mit rabiater Methoden" ein abgekürztes Verfahren angestrebt, zum Beispiel indem der Verdächtige mit Untersuchungshaft mürbe gemacht und zum Geständnis genötigt werde.

"Die Staatsanwaltschaft kann heute machen, was sie will", kritisierte Backes. Erst mit der Eröffnung des Hauptverfahrens unterliege ihr Vorgehen einer wirklichen Kontrolle und Revisionsmöglichkeit. Die Stiftung will Umfang und Strukturen des Problems systematisch erschließen und Verbesserungsvorschläge machen. Soweit es sich um gesetzgeberische Initiativen handle, werde sie sich dafür einsetzen, erklärte die FDP-Politikerin Leutheusser-Schnarrenberger, die zusammen mit dem Ex-Verfassungsrichter Gottfried Mahrenholz und dem Münchner Journalisten Heribert Prantl den PJ-Beirat bildet. Unter anderem wollen die PJ-Initiatoren fordern, Ermittlungsverfahren durch richterliche Spruchkammern überprüfen zu lassen.